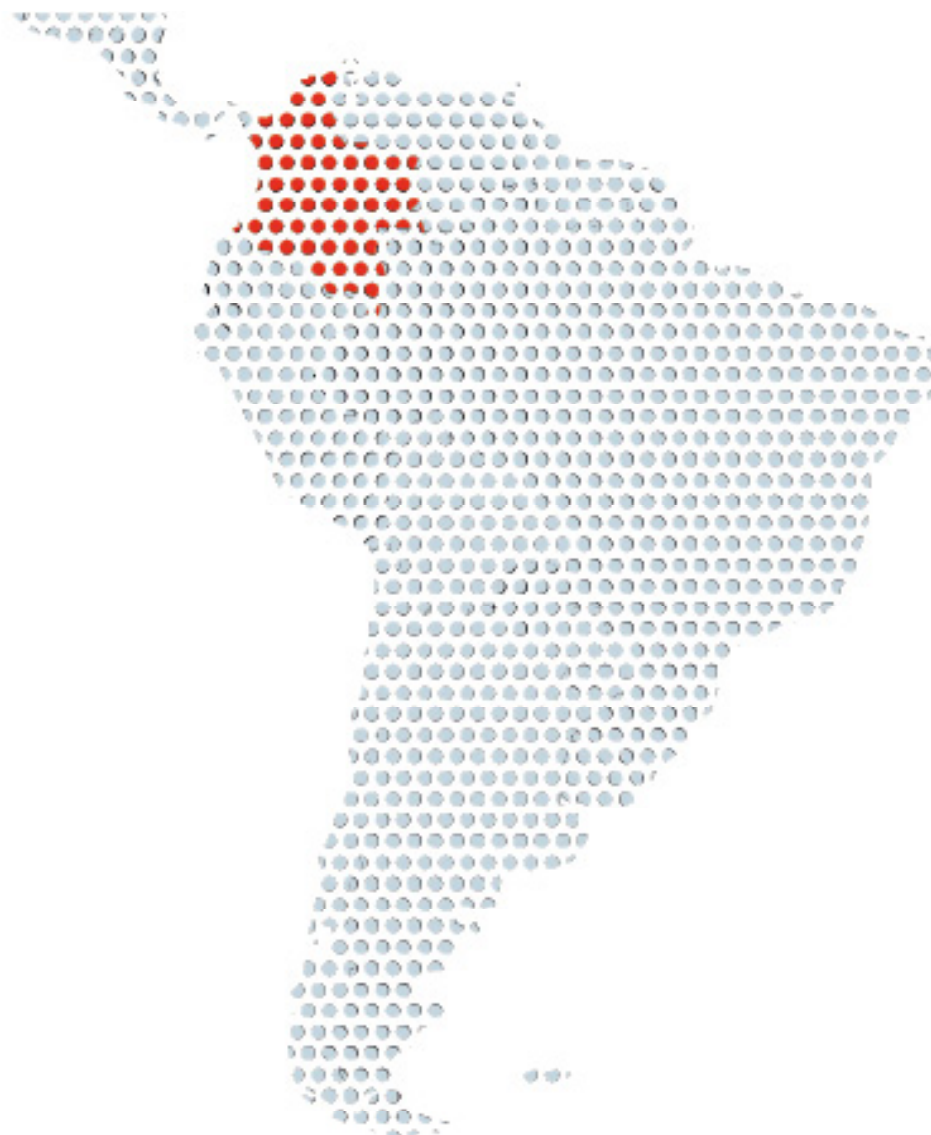


Kolumbien

Informationsdienst
Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	18
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	22
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	22
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	27
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	30
Bedrohung von Alliierten	32
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Kolumbien

Kolumbien spielt in vielerlei Hinsicht eine große Rolle in Südamerika. Einerseits tragen die vielen internen Konflikte des Landes zur regionalen Anspannung bei, andererseits ist es ebenfalls einer der wichtigsten Verbündeten der USA in der Region. Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes nur eine geringe Rolle. In den vergangenen Jahren wurden allerdings zwei U-Boote aus Beständen der Bundesmarine geliefert sowie weitere U-Boot-Technik zur Modernisierung von zwei älteren deutschen U-Booten. Größter Waffenlieferant bleiben aber die USA.

Kolumbiens Rüstungsindustrie ist weitestgehend staatlich kontrolliert und mittlerweile in zahlreichen Bereichen aktiv. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich Indumil (Industria Militar) als staatlicher Produzent und stellt seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition her. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des Gali Gewehres erheblich gesteigert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar nach Israel zu exportieren. Daneben haben sich die staatlichen Unternehmen CIAC (Corporación de la Industria Aeronáutica Colombiana), CODALTEC (Corporación de Alta Tecnología para la Defensa) und COTECMAR (Corporación de Ciencia y Tecnología para el Desarrollo de la Industria Naval Marítima y Fluvial) etabliert und jüngst ihre Entwicklungs- und Produktionskapazitäten sowie Verkaufszahlen stark steigern können.

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Mehr als zwei Jahrzehnte hat die Anzahl aktiver Soldat:innen stetig zugenommen, 2016 ist sie jedoch leicht gesunken. Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebell:innen und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es ebenfalls eine Anti-Drogen-Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seegewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, haben die deutschen sowie die zwei italienischen U-Boote bei der Bekämpfung des Schmuggels eine besondere Aufgabe. In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuananschaffungen.

Kolumbien ist seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Das Militär ist eine Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Staates. Insgesamt genießt es in der Bevölkerung ein hohes Ansehen, ist aber gleichzeitig in politische Gewalt und Menschenrechtsverletzungen im Land involviert. Für vie-

le Bewohner:innen, insbesondere ländlicher Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Jüngste Proteste richten sich vor allem auch gegen Polizeigewalt und Menschenrechtsverletzungen, die durch Sicherheitskräfte begangen wurden.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Kolumbien ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten. Andererseits gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen. Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation im Land weiterhin schlecht. Grundlegende Menschenrechte sind durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr. Ebenso werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Infolgedessen sind in den letzten Jahren mehrfach weitreichende Proteste ausgebrochen, zuletzt im April 2021, bei denen zahlreiche Menschen sind in der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Militär bzw. Polizei und Protestierenden getötet und verletzt worden.

Problematisch ist der Umgang der Regierung mit politischen Gefangenen, von denen es derzeit über 7.000 gibt (hinzukommen noch mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status politischer Gefangener seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Obwohl das Land durch das Vorgehen des damaligen Präsidenten Uribes und den laufenden Demobilisierungsprozess sicherer geworden ist, eine rückläufige Anzahl an Morden und Entführungen zu beobachten ist und der Tourismus im Land in jüngerer Zeit zugenommen hatte, stand die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen massiv bedroht und eingeschränkt wurden und immer noch werden. Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Uribes Nachfolger, Präsident Santos, ein Gesetz, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Der Auslöser für die Gewalt und zentrale Ursache des Konflikts ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Schätzungen von Oxfam aus dem Jahr 2014 zufolge besitzen ca. ein Prozent der Bevölkerung gut 81 Prozent des Landes. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien prioritär um die Großgrundbesitzer:innen und das Bürgertum kümmern und in dem keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Lage der Bevölkerung ist.

Im Jahr 2002 erklärte der damalige Präsident die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, zu dt. Revolutionäre Streitkräfte Kolumbien) als offiziell gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer:innen allerdings drastisch gesunken. Im November 2016 einigten sich die kolumbianische Regierung und die FARC-Rebell:innen nach vierjähriger Verhandlung auf einen neuen Friedensvertrag, der einen Monat später einstimmig im Kongress verabschiedet wurde. Die Entwaffnung und Re-Zivilisierung der

Rebell:innen begann im Frühjahr 2017 und wurde im selben Jahr abgeschlossen. Auch auf eine Landreform wurde sich mit dem Vertrag geeinigt.

Auf der anderen Seite stehen die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer:innen verschrieben haben. Sie sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess, der tausende Paramilitärs erreichte.

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. Zu Beginn der vergangenen Dekade gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf, im Zuge dessen sich besondere Rüstungskoperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen haben zudem in manchen Fällen zu großem Misstrauen geführt.

Der Nachbar Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskoperation, doch haben die strategischen Rüstungskoperationen mit Ländern außerhalb der Region negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Dabei erscheint ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin Risiken. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen. Hierzu beigetragen hatten in der Vergangenheit immer wieder Funde von Waffen bei FARC-Rebell:innen, die nachweislich aus Venezuela kamen.

Die im Zuge der zahlreichen Konflikte und der besonderen Rolle des Militärs unverhältnismäßig hohen Militärausgaben Kolumbiens wirken hemmend auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Zwar besteht derzeit keine deutliche Gefahr, dass Entwicklungsziele nachhaltig von den Ressourcenzuweisungen in den Militärsektor beeinträchtigt werden, dennoch sind die anhaltend hohen Militärausgaben sowie die zeitweise Vergrößerung des Personalumfangs des Militärs mit Sorge zu betrachten. Der stärkere Blick auf das Gesundheits- und Bildungssystem sowie die stärkere finanzielle Ausstattung stellen für Kolumbiens Regierung eine wichtige Aufgabe dar.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Ersatzteile für Sonaranlagen: 98,7%	0,51
2000	Teile für U-Boote: 84,1%	3,01
2001	Teile für U-Boote: 99,0%	8,93
2002	Teile für U-Boote	3,00
2003	Teile für U-Boote, Korvetten und Sonaranlagen: 50,8%; Stromversorgungseinrichtungen für U-Boote: 49,2%	2,99
2004	Teile für U-Boote, Korvetten, Tender und Unterwasserortungsgeräte: 56,6%; Sensoren für Flugkörperwarnsysteme und Teile für Unterwasser-Telefonanlagen: 31,1%	1,97
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 75,6%	4,01
2006	Teile für Korvetten, U-Boote und Sonaranlagen: 95,0%	3,98
2007	Teile für U-Boote und Überwasserschiffe: 59,5%; Laserentfernungsmesser und Ziellinien-Prüfgerätesätze: 29,9%	3,42
2008	Teile für U-Boote und Patrouillenboote: 93,0%	18,57
2009	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	68,94
2010	Teile für U-Boote und Marineversorger: 82,3%	5,06
2011	Patrouillenboot und Teile für U-Boote, Patrouillenboote: 93,45%	15,89
2012	Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Fregatten: 79,6 % Kommunikationsausrüstung, Radarausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen: 19,6 %	34,68
2013	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 31% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Navigationsausrüstung: 27% U-Boote und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 21,9% Torpedos und Teile für Torpedos: 7,4%	50,29

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2014	Freund-Feind-Kennungssystem, Kommunikationsausrüstung, Funküberwachungs- und Ortungssystem und Teile für Freund-Feind-Kennungssystem, Kommunikationsausrüstung, Funküberwachungs- und Ortungssystem, Stromversorgungen: 71,7% Teile für U-Boote: 14,0%	4,41
2015	U-Boote, Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Echolotanlagen: 97,8%	88,52
2016	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 59,2% Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 28,5%	2,87
2017	Sekundärradarsysteme, Kommunikationsausrüstung und Teile für Sekundärradarsysteme, Kommunikationsausrüstung: 49,7% Technologie zur Herstellung von beschussfesten Laminaten: 27,6% Zielentfernungsmesssysteme: 17,7%	0,73
2018	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 77,7% Teile für U-Boote: 12,0%	1,04
2019	Teile für Feuerleiteinrichtungen: 64,2% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 16,2%	1,09
2020	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 83,2%	6,57
2021	Teile für Feuerleiteinrichtungen und Zielentfernungsmesssysteme: 49,0% Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 36,9%	4,59

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2021

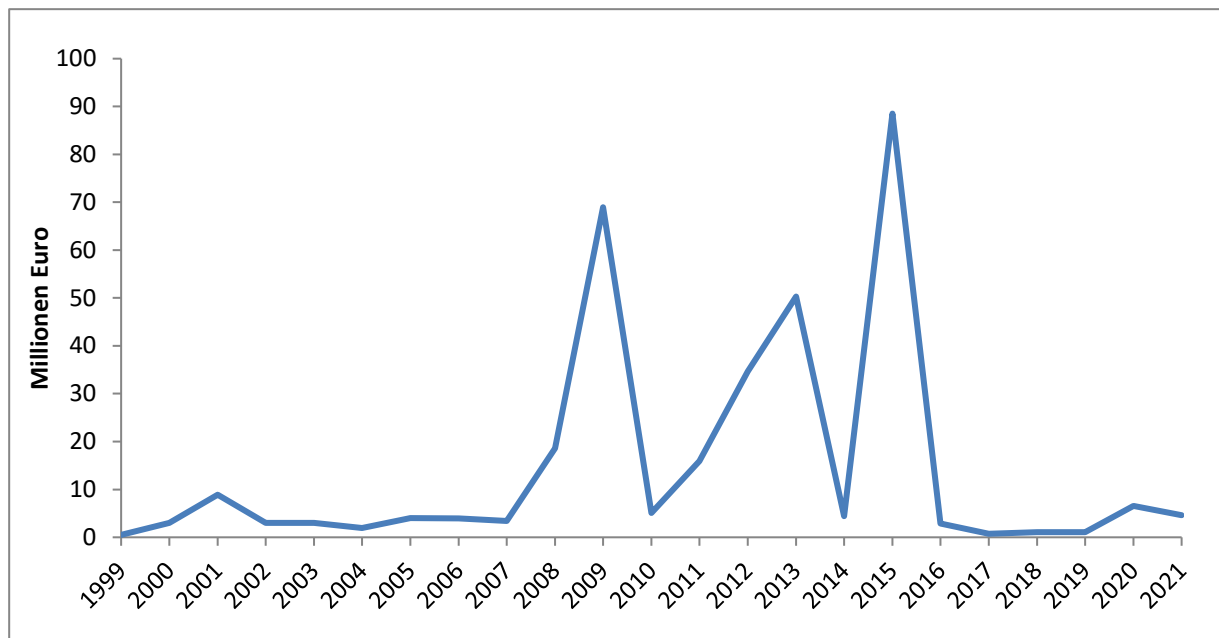


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Kolumbien 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
(1)	BK-117	Leichter Hub-schrauber	(2003)	2003	(1)	
1	OPV-80	Patrouillenboot	(2008)	2012	1	Lizenz
1	CPV-40	Patrouillenboot	2009	2011	1	11 Mio. Euro-Geschäft
16	MTU-1163	Dieselmotor	(2009)	2012-2014	(16)	Für Modernisierung von 4 FS-1500 (Padilla) Fregatten
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011	2014	1	Lizenz; 66 Mio. USD-Geschäft
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011	2017	1	Lizenz
(30)	DM-2A3 See-hecht	Torpedo zur U-Boot-Abwehr	2012	2012	(30)	Gebraucht; für Type-206A U-Boote

Anzahl	Bezeichnung	Waffen- kategorie	Bestell- Jahr	Liefer- Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
2	Type-206A	U-Boot	2012	2015	2	Gebraucht aber modernisiert vor Lieferung; 11 Mio. oder 110 Mio. Euro-Geschäft; 2 weitere für Ersatzteile geliefert
1	ATR-42	Transportflug- zeug	2014	2015	1	Gebraucht; für die Polizei

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes nur eine kleine Rolle. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland allerdings unter anderem Patrouillenboote und U-Boote nach Kolumbien. Bei den beiden Type-206A U-Booten handelte es sich um gebrauchte U-Boote der Bundesmarine, die im Jahr 2015 geliefert wurden. Für eine umfassende Modernisierung lieferte Deutschland zudem Materialpakete, sodass die staatliche Werft COTECMAR die Modernisierung vor Ort durchführen konnte. Neben der umfassenden Modernisierung umfasste das Verhandlungspaket auch Ersatzteile, Trainingsmaßnahmen, Unterstützung bei der Instandhaltung sowie 30 Seehecht Torpedos. Im Jahr 2009 einigte sich die kolumbianische Regierung mit ThyssenKrupp Marine Systems auch auf die Modernisierung von zwei U-Booten der Klasse 209/1200, welche bereits 1975 an Kolumbien geliefert wurden. Im Dezember 2011 hat Kolumbien außerdem zwei Patrouillenboote vom Typ OPV-80 der deutschen Firma Fassmer geordert. Die Schiffe wurden 2012 in der kolumbianischen Werft Cartagena in Lizenz gefertigt. Im Jahr 2015 lieferte Deutschland ein gebrauchtes Transportflugzeug vom Typ ATR-42. 2020 genehmigte die deutsche Bundesregierung die Ausfuhr von Teilen für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte im Wert von 6.565.598 Euro. Ein Export von Teilen für U-Boote wurde zuvor auch 2018 genehmigt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Kolumbien 2017-2021, Mio. TIV

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	93	16	22	77	42	251

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

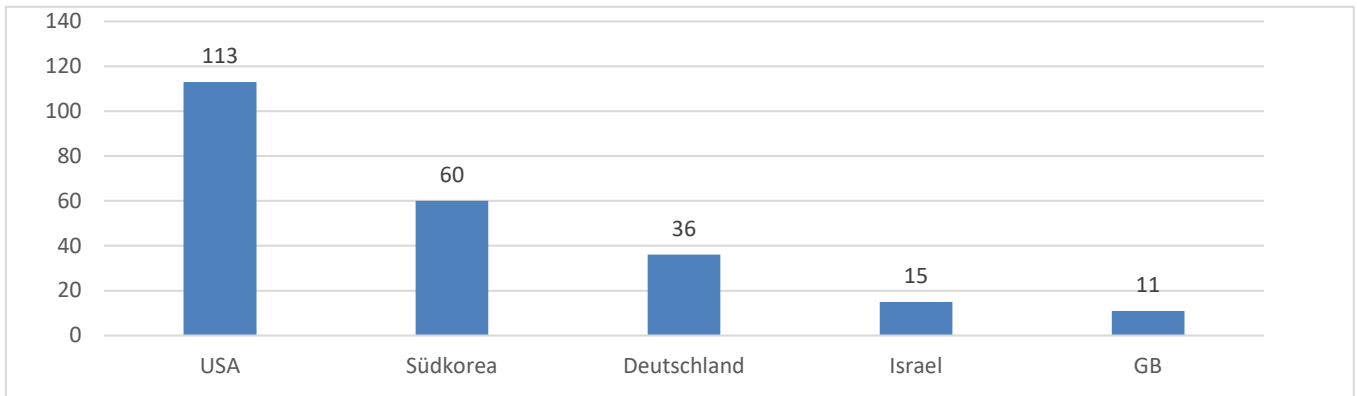
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Kolumbien 2017-2021, Mio. TIV¹

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	36	-	-	-	-	36

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Kolumbien 2017-2021 die 62. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Größter Waffenlieferant der letzten Jahre sind die USA, die im Rahmen des „Plan Colombia“ umfangreiche Finanzmittel für Ausbildung und Beschaffung zur Verfügung stellen. Sie haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Helikopter an die kolumbianische Regierung geliefert. Eingesetzt werden sollen diese besonders zur Bekämpfung Aufständischer und des Drogenanbaus und Drogenschmuggels. In den letzten Jahren wurden beispielsweise insgesamt 22 S-70/UH-60L Hubschrauber importiert sowie zehn S-70/UH-60A Helikopter, von denen nochmals zehn im Jahr 2017 geliefert wurden. 2015 erhielt Kolumbien 28 gepanzerte Sicherheitsfahrzeuge (ASV) vom US-amerikanischen Hersteller Textron. Allein im Jahr 2021 wurden 20 von 145 bestellten, gebrauchten Mannschaftstransportern (Schenkung), vier Cessna-172 Trainingsflugzeuge sowie vier von acht bestellten PC-9 Trainingsflugzeugen,

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter:

<https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

ein Transportflugzeug sowie fünf gebrauchte UH-1H Huey-2 Helikopter geliefert (letztere ebenfalls als Schenkung). Auch sechs Drohnen des Typs ScanEagle der Firma Boeing/Insitu erhielt Kolumbien in den letzten Jahren.

Israel lieferte ebenfalls Drohnen: So importierte Kolumbien 2013 bis 2014 drei Hermes-450 und eine Hermes-900 Drohne. Letztere dienen der Vergrößerung der kolumbianischen UAV-Flotte. 2017 wurden darüber hinaus zwei gebrauchte IAI Kfir TC-2 Kampfflugzeuge von Israel gekauft.

Die Marine Kolumbiens wurde 2014 auch durch eine gebrauchte südkoreanische Korvette der Donghae-Klasse und 2015 durch zwei STX-250t Patrouillenboote verstärkt. 2020 stiftete Südkorea zudem eine gebrauchte Po Hang Korvette.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

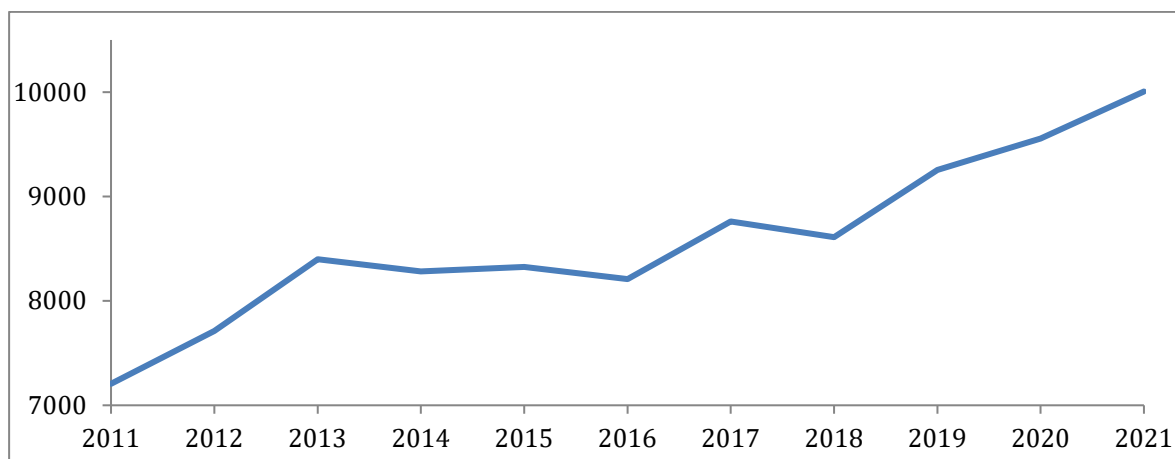
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	8760	8610	9256	9554	10006
Anteil am BIP (in Prozent)	3,2	3,1	3,1	3,5	3,4
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	10,9	8,8	9,6	10,5	9,6

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

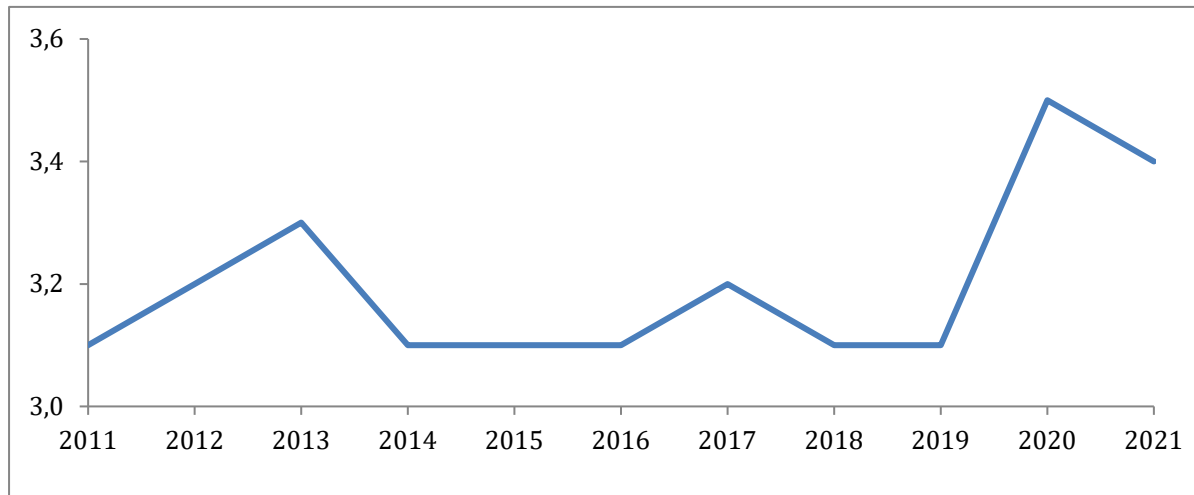


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich Indumil (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Kurz darauf wurde bereits eine zweite Fabrik gebaut, die für die Produktion schwerer Munition und Artillerieausrüstung ausgelegt ist. In den 1980er Jahren begann die bis heute andauernde Rüstungskooperation mit Israel. In der Zeit erhielt Indumil eine Lizenz zur Produktion der israelischen *Gali* Gewehre, welche heute die Standardwaffen der kolumbianischen Armee sind. Das Unternehmen hat seine Produktionskapazitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. In den 1970er Jahren hat Indumil eine Lizenz zur Herstellung des G3 Gewehres erhalten, was lange Zeit zur Standardbewaffnung der Armee diente. Dazu erhielt der staatliche Konzern auch Spezialmaschinen der Firmen Heckler & Koch und Fritz-Werner. Selbst 2007 wurden bei einer Razzia der Polizei noch G3 Gewehre sichergestellt. Zwar werden heute allem Anschein nach keine G3 Gewehre mehr in dem Land produziert, Indumil besitzt jedoch weiter die Kenntnisse und technischen Voraussetzungen, diese Gewehre zu reparieren und Instand zu halten. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. Darüber hinaus, auch für den zivilen Gebrauch, produziert das Unternehmen zahlreiche Klein- und Leichtwaffen. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des *Gali* Gewehres erheblich erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie ist es durch die Produktionssteige-

rung gelungen, diese sogar zurück nach Israel zu exportieren. Indumil produziert darüber hinaus etwa 30 Millionen Stück Munition pro Jahr.

Während die kolumbianische Rüstungsindustrie im Klein- und Leichtwaffenbereich weitgehende Unabhängigkeit erreichen konnte, ist das Militär im Bereich der Großwaffensysteme weiterhin zusätzlich auf den Import angewiesen. Nichtsdestotrotz ist die kolumbianische Rüstungsindustrie heute in allen Bereichen aktiv und Teil von zahlreichen F&E (Forschung und Entwicklung) Programmen, neben Israel beispielsweise mit Brasilien, Südkorea und Spanien. Im Zuge der Ambitionen zum Ausbau der inländischen Rüstungsindustrie wurde Ende 2012 auch das staatliche Unternehmen CODALTEC (Corporación de Alta Tecnología para la Defensa) gegründet, das heute u. a. an der Entwicklung eines Luftverteidigungssystems arbeitet, das auch regional exportiert werden soll. Der staatliche Schiffsbauer COTECMAR (Corporación de Ciencia y Tecnología para el Desarrollo de la Industria Naval Marítima y Fluvial) bedient darüber hinaus nicht nur den kolumbianischen Markt, sondern exportiert mittlerweile Schiffe an Länder der Region sowie an internationale Partner wie die niederländische Marine. COTECMAR hat bereits auch die einheimische Marine mit zahlreichen Transportschiffen und Hochseepatrouillenbooten ausgestattet. Gleichzeitig verkaufte COTECMAR in jüngerer Zeit Schnellboote an die Marine Honduras sowie Patrouillenboote an die brasilianischen Streitkräfte. COTECMAR kooperiert darüber hinaus mit dem südkoreanischen Schiffsbauer STX in der Produktion von Küstenwachschiffen; Ende 2019 wurde angekündigt, dass COTECMAR mit der niederländischen Damen Shipyards Group in der Entwicklung eines ozeanografischen Schiffes zusammenarbeiten wird. Damit hebt sich Kolumbien im Bereich der Schifffahrtsindustrie von vielen anderen Ländern in der Region ab, deren Schifffahrtsindustrien in der Regel hauptsächlich für lokale Marinen produzieren. Ferner hat in den letzten Jahren das staatliche Luftfahrtunternehmen CIAC (Corporación de la Industria Aeronáutica Colombiana) verstärkt die Entwicklung und Produktion von Drohnen vorangetrieben. Diese zielen ebenfalls einerseits auf den inländischen Markt, andererseits auf den Export, insbesondere in Länder Zentral- und Südamerikas, ab. Dafür hat CIAC 2016 bereits angekündigt, sich mit Airbus zusammenzutun und gemeinsam den Prototyp einer auf dem spanischen Model Atlante beruhenden Drohne zu entwickeln und zu produzieren. Das Projekt basiert auf einem Abkommen der kolumbianischen und der spanischen Regierung. 70 Prozent der Entwicklung sollen von Airbus übernommen werden, 70 Prozent der Produktion hingegen in Kolumbien geschehen. Daneben arbeitet CIAC an der Entwicklung und Produktion eigener Drohnen (Typ Coelum und Typ Quimbaya). Die Coelum Drohne, die der Luftaufklärung dienen soll, ist hierbei im Oktober 2020 sowie im Februar und im März 2021 erfolgreiche Testflüge geflogen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 18 Monate (nur Männer)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

255.950 aktiv, davon:

Heer: 185.900

Marine: 56.400

Luftwaffe: 13.650

Reserve: 34.950

Paramilitärische Einheiten: 172.400

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	281	297	297	293	293	293	293	293	256
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	6,1	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9	5,8	5,8	5,0

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Über mehr als zwei Jahrzehnte hat die Zahl der Soldat:innen stetig zugenommen, 2016 wurde sie jedoch auf 293.200 und im Jahr 2021 auf 255.950 aktive Soldat:innen reduziert. Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung von Rebell:innen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es außerdem eine Anti-Drogen-Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Hinzu kommt eine Spezialeinheit, die besonders auf Entführungen spezialisiert ist – ein Problem, das in Kolumbien weit verbreitet ist. Die kolumbianischen Streitkräfte haben in großem Maße von der US-amerikanischen Unterstützung im Rahmen des „Plan Colombia“ profitiert. Neben den materiellen Zuwendungen seitens der USA ist die militärische Ausbildung der kolumbianischen Streitkräfte ein zentraler Bestandteil der US-Unterstützung. Insbesondere Spezialeinheiten werden von US-Soldat:innen im Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel geschult. Doch auch mit Argentinien, Chile und Peru bestehen militärische Beziehungen und mit Brasilien eine verstärkte Zusammenarbeit bei Grenzkontrollen hinsichtlich der sicherheitspoliti-

schen Herausforderungen, die von Venezuela ausgehen. 2018 wurde Kolumbien zudem ein globaler Partner der NATO. Wie auch in anderen Ländern Südamerikas profitieren die Streitkräfte in Kolumbien auch von zusätzlichen Geldern, die häufig aus der lokalen Verwaltung kommen oder aus eigenen Sicherheitsdienstleistungen generiert werden.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schützenpanzer	60	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	114	
Aufklärer	121	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	3	
Transportflugzeuge	23	
Mehrzweckhubschrauber	19	
Transporthubschrauber	92	
Artillerie	1796	
Panzerabwehr	150	Zusätzlich tragbare Panzerabwehr- lenkwaffensysteme TOW, Spike-ER
Luftabwehr	4	M1A1

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Das Heer hat in besonderem Maße vom „Plan Colombia“ und den damit verbundenen Waffentransfers aus den USA profitiert. Dennoch ist das Heer mit völlig veraltetem Gerät, wie beispielsweise bis zu 50 Jahre alten Artilleriegeschützen, ausgestattet. Als im Jahr 2000 der „Plan Colombia“ massiv auf die Drogenbekämpfung ausgeweitet wurde, profitierte teilweise auch das Heer von der Lieferung der 60 Hubschrauber. Außerdem befinden sich russische Helikopter im Arsenal des kolumbianischen Heeres, die 2008 gekauft wurden und die Mobilität der Streitkräfte insbesondere in Waldgebieten erhöhen sollen. Dringend benötigt wurden die Helikopter zum Transport schweren Kriegsmaterials, wie beispielsweise von Artilleriegeschützen. Hinzu kommen die in den USA gekauften acht Black Hawk Kampfhubschrauber. Damit besitzt das Heer aktuell insgesamt 53 US-amerikanische UH-60L und UH-70i sowie 39 leichte Helikopter. Im Rahmen des allgemeinen Modernisierungsprogramms haben die Streitkräfte ebenfalls 22 105mm Artilleriegeschütze bekommen, um völlig veraltete Geschütze auszutauschen.

Außerdem hat Kolumbien in sein Heer den letzten Jahren mit insgesamt 38 neuen US-amerikanischen gepanzerten Mannschaftstransporten vom Typ M1117 ausgestattet, für die in den Folgejahren zusätzlich neue Textron Geschütztürme aus den USA beschafft wurden. Kolumbien befindet sich in Verhandlungen mit Frankreich über den Kauf von 40 gebrauchten *Leclerc* Kampfpanzern. Dies kann auch als Reaktion auf die Anschaffungen der russischen T-90 Kampfpanzer in Venezuela gesehen werden. Allgemein lässt sich in der gesamten Region (Ecuador, Kolumbien, Brasilien) eine Modernisierung und Aufrüstung der Streitkräfte beobachten.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	Zwei T-209/1200 und zwei T-206A
Patrouillenboote	49	
Davon Korvetten	6	
Amphibienfahrzeuge	16	
Logistik und Unterstützung	9	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Küstenwache:

16 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsboot

Marineflieger:

1 Aufklärungsflugzeug

3 Seefernaufklärer

11 Transportflugzeuge

8 Mehrzweckhubschrauber

8 leichte Transporthubschrauber

2 Such- und Rettungshubschrauber

Marineinfanterie:

82 Artilleriegeschütze

Einige Mistral Luftabwehrraketen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, kommen den zwei deutschen sowie den zwei italienischen U-Booten bei der Bekämpfung des Schmuggels besondere Bedeutungen zu. Im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprogramms wurden die U-Boote mit neuen Motoren ausgestattet. Dazu wurde Ende 2008 ein Vertrag mit der deutschen HDW zur Modernisierung und Wartung der U-Boote geschlossen. Die Fregatten der Marine sind jedoch ebenso weit über 20 Jahre alt und befinden sich in einem schlechten Zustand. Deswegen hat die kolumbianische Marine in den letzten Jahren etliche Rüstungsgüter importiert, die der Modernisierung der Fregatten dienen sollen. 2020 hat Südkorea Kolumbien außerdem eine ausgemusterte Po Hang Korvette gestiftet. Im Zuge allgemeiner Modernisierungsprogramme und vor dem Hintergrund der veralteten Ausrüstung der Marine hat die Regierung die Anschaffung von Küstenpatrouillenbooten, bis Patrouillenbooten sowie Küstenpatrouillenflugzeugen initiiert. Zwischen 2012 und 2017 hat Kolumbien mehrere deutsche Hochseepatrouillenboote in Lizenz produziert. Im Jahr 2015 konnte die Marine zwei ausgemusterte deutsche dieselelektrische U-Boote der Klasse 206A in Empfang nehmen und in Dienst stellen. Für den Einsatz von Drohnen gegen Drogenbanden bauen die Seestreitkräfte Kolumbiens (ARC) die bereits bestehende Marinebasis in Covenas weiter aus.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	22	
Kampfflugzeuge	12	
Aufklärungsflugzeuge	11	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	13	
Ausbildungsflugzeuge	69	Davon 38 kampffähig
Transportflugzeuge	70	Davon 11 Passagierflugzeuge
Tank- und Transportflugzeuge	1	
Ausbildungshubschrauber	60	
Mehrzweckhubschrauber	18	
Transporthubschrauber	46	Davon 1 VIP-Hubschrauber
Drohnen	8	<i>Hermes 450/900</i>
Raketen	Einige	<i>Python III/IV/V; I-Derby ER</i>

Quelle: *ISS Military Balance 2022*

Kommentar

In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 *Super Tucano*, wovon 24 bis heute als bewaffnete Trainingsflugzeuge im Einsatz sind. Im Juni 2009 wurde der Vertrag über die Lieferung von Kfir Kampfflugzeugen zwischen Kolumbien und Israel besiegelt. Bereits im Jahr 2007 gewann die israelische Verteidigungsindustrie die Ausschreibung über den 150 Millionen US-Dollar Auftrag, die bereits eingesetzten Kfir zu modernisieren und ebenfalls neue Flugzeuge zu liefern. Stand 2022 befinden sich 22 Stück hiervon im Bestand der Luftwaffe. Im Jahr 2009 bestätigte die Luftwaffe die Bestellung von vier C-295 Transportflugzeuge beim spanischen Rüstungskonzern EADS-CASA. Die genannten Anschaffungen und die strategische Kooperation zwischen Kolumbien und Israel bei der Ausstattung der Luftwaffe verdeutlichen die klare Ausrichtung der Luftwaffe auf eine größtmögliche Mobilität und Einsatzfähigkeit in nur schwer zugänglichen Regionen. Mittlerweile befinden sich auch acht israelische Hermes 450 bzw. Hermes 900 Aufklärungsdrohnen im Einsatz der kolumbianischen Luftwaffe. Aus den USA hat die kolumbianische Luftwaffe in den letzten Jahren etliche Fluggeräte als Schenkung erhalten, darunter Hubschrauber und Transportflugzeuge. 2020 orderte Kolumbien außerdem eine unbestimmte Anzahl an Cessna-172 Ausbildungsflugzeugen sowie acht PC-9 Ausbildungsflugzeuge, die allesamt bis Ende 2021 ausgeliefert werden sollten. Bisher wurde jedoch noch keines der PC-9 Flugzeuge in Dienst gestellt.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

National Police Force:

5 Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung

43 Transportflugzeuge

5 Mehrzweckhubschrauber

80 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die Military Balance listet die Nationale Polizei als paramilitärische Einheit – in der Tat ist diese auch paramilitärisch organisiert. Sie untersteht zudem direkt dem Verteidigungsministerium. Mehr Infos finden sich im entsprechenden Kapitel ([Polizei und andere Sicherheitskräfte](#)).

Box 4

Peacekeeping

Libanon (UNIFIL): 1 Soldat:in

Westsahara (MINURSO): 2 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wurde, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in politische Gewalt involviert, die das Land weiterhin prägt. Dem Militär wird häufig vorgeworfen, das schlechteste Menschenrechtsverhalten in der Welt zu haben. Problematisch wurde die Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft bereits zu Beginn der 1990er Jahre, als das Militär in einem „totalen Krieg“ gegen die Aufständischen und deren Unterstützer:innen eingesetzt wurde. Fortan war jeder verdächtigt und besonders Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Bauernbewegungen oder religiöse Bewegungen wurden zum Ziel militärischer Operationen, aufgrund der Annahme, sie unterstützten die Guerillabewegung. Entgegen diesen Entwicklungen genoss das Militär in Umfragen zu Beginn des neuen Jahrhunderts viel Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Dass die Bevölkerung das Militär auf einer Vertrauensskala auf Platz zwei hinter der Kirche setzte, hängt mit den damaligen Erfolgen im Kampf gegen die Guerillas sowie den Entlassungen von zahlreichen, als korrupt geltenden, führenden Militärs zusammen.

Für viele Bewohner:innen, insbesondere von ländlichen Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich die Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnen und immer mehr überschneiden, sehen sich viele indigene Bevölkerungsgruppen in ihren Möglichkeiten, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur indigene Anführer:innen sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte lange Jahre die meisten politischen Morde von sozialen Aktivist:innen und Gewerkschaftler:innen weltweit. Im Jahre 2016 ist die Mordrate um 4 Prozent gesunken. Insgesamt wurden rund 12.200 Tötungsdelikte verzeichnet – die niedrigste Rate seit 1974.

Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein:e Angehörige:r des Militärs den Posten des:der Verteidigungsminister:in bekleiden muss, doch war dies lange Zeit die Norm. Entgegen anderen Minister:innen kann der:die Verteidigungsminister:in nur auf explizite Anordnung des:der Präsident:in das Amt verlieren und ist dadurch nicht an den normalen Turnus der Kabinettsumbildung gebunden. Der militärische Einfluss auf die Politik ist jedoch durch besondere konstitutionelle und legislative Kontrollmechanismen sehr begrenzt. Hinzukommt, dass hochrangige Militärs häufig nicht der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes angehören, sondern aus der Mittelschicht des Landes rekrutiert werden. Infolgedessen ist das Militär einer zivilen Aufsicht untergeordnet. Die starke zivile Aufsicht und das politische Interesse an einer zivilen Kontrolle des Militärs beziehungsweise an der Begrenzung seiner politischen Macht wurden 1965, 1969 und 1984 deutlich, als die jeweiligen Präsidenten Militärangehörige aus dem Dienst entließen, weil sie öffentlich die zivile Autorität gegenüber dem Militär angegriffen haben. Daraus wird ersichtlich, dass das Militär einerseits für die innere Sicherheit und die Be-

kämpfung der Guerillabewegung verantwortlich ist, andererseits jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen wird und in Teilen der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt.

Erstmals seit den landesweiten Protesten gegen die Regierung aus dem November 2019 halten seit April 2021 Proteste im Land an, die ursprünglich ausgelöst wurden durch Steuerreformpläne der Regierung, welche allerdings in Folge auf die Protestwelle wieder verworfen wurden. Mittlerweile richten sich die Proteste vor allem gegen die vorherrschende Polizeigewalt, Armut und Kolumbiens Gesundheitskrise. Ende Mai 2021 hat Präsident Iván Duque als Reaktion das Militär in die Stadt Cali entsandt, die als Epizentrum der Proteste galt. Dutzende Menschen starben allein am 28. Mai im Rahmen der Proteste und der Polizei- und Militärintervention in Cali. Duque kündigte außerdem an, ein „Maximum militärischer Unterstützung“ für die Polizei in andere Teile des Landes zu entsenden. Das Militär wurde außerdem dafür eingesetzt, Straßenblockaden aufzulösen, die zu Brennstoff- und Lebensmittelengpässen im Land geführt haben. Der Einsatz der Sicherheitskräfte und Militärs wird hierbei insbesondere von Menschenrechtsgruppen kritisiert.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Kommentar

Die kolumbianische Polizei (*Policía Nacional de Colombia*) beschäftigt etwa 172.400 Beamt:innen und untersteht dem Verteidigungsministerium. Präsident Duque kann durch die Ernennung des:der Polizeidirektor:in ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Polizei ausüben. Der paramilitärisch organisierten Einheit kommt sowohl bei der Bekämpfung des Terrorismus als auch des Drogenschmuggels eine wichtige Rolle zu. Sie verfügt daher über die notwendige Mobilität, was sich etwa in der Ausrüstung der Polizei widerspiegelt. Zu der Ausrüstung zählen Transportflugzeuge (u. a. Cessna), Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung (C-26B Metroliner) sowie Mehrzweck- und Transporthubschrauber (u. a. Bell und Blackhawk).

Die Struktur der Polizei umfasst verschiedene Einheiten für die Regionen, die Städte und die einzelnen Bundesstaaten. Diese umfassen die Kriminalpolizei, den Geheimdienst, die Verkehrspolizei, verschiedene Eliteeinheiten sowie bestimmte Einheiten zur Wahrung öffentlicher Sicherheit und Ordnung sowie zur Drogenbekämpfung. Neben

diesen Einheiten existieren noch der Zolldienst und bis 2011 das administrative Sicherheitsdepartment (Inlandsgeheimdienst) (*Departamento Administrativo de Seguridad, DAS*). Der Geheimdienst ist direkt Präsident Duque unterstellt und ihm gegenüber rechenschaftspflichtig. Neben Informationsbeschaffung und Spionageabwehr übernimmt der Geheimdienst ebenfalls wichtige Aufgaben bei der Strafverfolgung. Im Jahr 2009 kam es zu einem Skandal um den DAS, als öffentlich wurde, dass dieser an der illegalen Überwachung von Regierungskritiker:innen, Parlamentarier:innen und Journalist:innen beteiligt gewesen ist. Im Zuge dessen wurden mehrere hochrangige Beschäftigte des Dienstes verhaftet. Während der damalige Präsident Uribe den Geheimdienst nicht abgeschafft hat, unternahm sein Nachfolger Santos den politischen Kraftakt und beendete die 58-jährige Geschichte des DAS Ende 2011. Im Anschluss daran wurde eine neue Behörde geschaffen: Die Nationale Direktion für Nachrichtendienste (*Dirección Nacional de Inteligencia, DNI*). Diese ist, anders als der DAS, nicht in die Strafverfolgung, Grenzkontrolle oder einwanderungsbehördliche Angelegenheiten eingebunden und agiert hauptsächlich als Geheimdienst (sowohl im Inland als auch im Ausland) und Militärischer Abschirmdienst.

Gegen die kolumbianische Polizei gibt es etliche Korruptionsvorwürfe und Anschuldigungen, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Seit diese Vorwürfe insbesondere Ende der 1990er Jahre ihren Höhepunkt fanden, wurden Anstrengungen unternommen, Strukturen krimineller Organisationen und korrupter Polizist:innen aufzubrechen. Insgesamt wurde ein Reformprozess angestoßen, der zu einer partiellen Verbesserung im Kampf gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Polizei führte. Dies hat die Lage zwar etwas verbessert, es gibt jedoch nach wie vor Berichte über außergerichtliche Tötungen, Amtsmissbrauch, Folter, Gewalt und Erniedrigung von Gefangenen. Polizeigewalt erschüttert immer wieder das Land. So brachen bspw. 2019 Proteste in Folge des gewaltsamen Todes eines Jugendlichen bei einer regierungskritischen Demonstration aus. Dieser war durch ein Geschoss der Polizei getötet worden. Demonstrierende forderten daraufhin Untersuchungen durch eine unabhängige Institution; Straffreiheit bei Vergehen von Seiten der Sicherheitskräfte bleibt jedoch ein Problem in Kolumbien.

Auch im September 2020 brachen gewaltsame Proteste in Kolumbien aus, nachdem publik wurde, dass ein Mann durch Polizeigewalt in Bogotá gestorben ist. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und den Sicherheitskräften wurden wiederum mindestens sieben Personen getötet. Seit April 2021 halten ferner landesweit Proteste gegen die im Land grassierende Armut, die Krise im Gesundheitssektor und Polizeigewalt an. Die Regierung hat im Zuge dessen die Polizei eingesetzt, die gewaltsam gegen Demonstrierende vorgeht. Menschenrechtsorganisationen haben berichtet, dass die Polizei nicht nur mit Tränengas gegen die Protestierenden vorgeht, sondern teilweise auch mit scharfer Munition auf diese geschossen hat. Ende Mai 2021 besagten offizielle Zahlen, dass mindestens 59 Menschen im Rahmen der Auseinandersetzung getötet sowie mehr als 2.300 Zivilist:innen und Sicherheitskräfte verletzt wurden.

Durch die langanhaltenden Konflikte und bewaffneten Auseinandersetzungen verfügen hunderte Stadtbezirke über eine unzureichende oder gar keine Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte. Die private Sicherheitsindustrie in Kolumbien boomt daher, nicht zuletzt auch aufgrund der sehr hohen Kriminalitätsrate. 2008 setzten private Sicherheitsunternehmen mehr als zwei Milliarden US-Dollar um, 2020 waren es bereits 6,7 Milliar-

den Dollar. Stand 2020 sollen behördlichen Angaben zufolge bereits 856 private Sicherheitsfirmen in der Branche tätig sein. Mehr als 28.658 Personenschützer:innen sowie 297.133 sonstige Sicherheitsbeamte erwirtschaften demzufolge allein rund 1,6 Prozent des kolumbianischen Bruttoinlandproduktes.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Kolumbien ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u. a. Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrages zum Verbot von Anti-Personenminen. Dennoch sind in Kolumbien heute weiterhin tausende von Minen verstreut, die täglich Menschenleben fordern. Den ATT hat Kolumbien unterzeichnet, bisher jedoch noch nicht ratifiziert.

Gegen Kolumbien ist weder ein Waffenembargo der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie,	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
2002		
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation im Land seit Jahren sehr schlecht. Sowohl von staatlicher Seite als auch von Seiten von Guerillagruppen werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen. Auch nach dem Friedensschluss zwischen der FARC und der Regierung und der Entwaffnung ersterer sind politische Morde, Entführungen und Einschüchterungen an der Tagesordnung.

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2021

Colombia is a constitutional, multiparty republic. Presidential and legislative elections were held in 2018. Voters elected Ivan Duque Marquez president in a second round of elections that observers considered free and fair and the most peaceful in decades.

The Colombian National Police force is responsible for internal law enforcement and is under the jurisdiction of the Ministry of Defense. The Migration Directorate, part of the Ministry of Foreign Affairs, is the immigration authority. The Colombian National Police shares law enforcement investigatory duties with the Attorney General's Corps of Technical Investigators. In addition to its responsibility to defend the country against external threats, the army shares limited responsibility for law enforcement and maintenance of order within the country. For example, military units sometimes provided logistical support and security for criminal investigators to collect evidence in high-conflict or remote areas. Civilian authorities generally maintained effective control over security forces. There were credible reports that members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings; torture and arbitrary detention by government security forces and armed groups; rape and abuse of women and children, as well as unlawful recruitment of child soldiers by armed groups; criminalization of libel; widespread government corruption; violence against and forced displacement of Afro-Colombian and indigenous persons; violence against lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex persons; killings and other violence against trade unionists; and child labor.

The government generally took steps to investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses, although some cases continued to experience long delays. The government generally implemented effectively laws criminalizing official corruption. The government was implementing police reforms focused on enhancing community-police relations, accountability, and human rights.

Armed groups, including dissidents of the Revolutionary Armed Forces of Colombia, National Liberation Army, and drug-trafficking gangs, continued to operate. Armed groups, as well as narcotics traffickers, were significant perpetrators of human rights abuses and violent crimes and committed

acts of extrajudicial and unlawful killings, extortion, and other abuses, such as kidnapping, torture, human trafficking, bombings, restriction on freedom of movement, sexual violence, recruitment and use of child soldiers, and threats of violence against journalists, women, and human rights defenders. The government investigated these actions and prosecuted those responsible to the extent possible.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2021
<https://www.state.gov/reports/2021-country-reports-on-human-rights-practices/colombia/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2021/2022

Crimes under international law and human rights violations in the context of the ongoing armed conflict increased in the departments of Chocó, Cauca, Valle del Cauca, Nariño and Norte de Santander. Eight children were killed by the security forces targeting the armed groups the Revolutionary Armed Forces of Colombia (FARC-EP) and the National Liberation Army (ELN) in Chocó, Guaviare, and Caquetá departments. Killings of former FARC-EP combatants increased. At least 100,000 people were forcibly displaced or confined as a result of the ongoing conflict, particularly affecting the rights of Indigenous peoples and Afro-descendants. In the context of the National Strike, there were numerous reports of excessive use of force by the security forces against peaceful protesters, particularly in Cali. Police arbitrarily detained and tortured protesters and there were reports of sexual and gender-based violence against women and LGBTI people. At least 100 people sustained eye trauma due to the unlawful and excessive use of less lethal weapons by members of the Mobile Anti-Riot Squad (ESMAD). Killings and threats against human rights defenders reached alarming levels.

Quelle: Amnesty International Report 2021/2022
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Kolumbien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 35/60

Politische Rechte: 29/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (64/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Colombia is among the longest-standing democracies in Latin America, but one with a history of widespread violence and serious human rights abuses. Public institutions have demonstrated the capacity to check executive power, and the country's main left-wing guerrilla group signed a peace

accord in 2016. Nonetheless, Colombia faces enormous challenges in consolidating peace and guaranteeing political rights and civil liberties outside of major urban areas.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/colombia/freedom-world/2022>

Kommentar

Die Menschenrechtslage in Kolumbien ist weiterhin desolat. Einerseits sind grundlegende, durch die Verfassung geschützte, Menschenrechte durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr, andererseits werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg, in den unterschiedliche Konfliktparteien involviert waren, hat immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen geführt. Seit 1960 hat dieser Konflikt mehr als eine halbe Millionen Menschenleben gefordert. Kolumbien steht damit auf einer Stufe mit dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo; Länder, in denen die meisten Binnengeflüchteten weltweit zu finden sind. Die Vertreibung zahlreicher Menschen führt zu einer angespannten ökonomischen Lage, da die Menschen sich nicht mehr selbst in ihren Dörfern versorgen können.

Problematisch ist ebenfalls der Umgang der Regierung mit den derzeit über 7.000 politischen Gefangenen in Kolumbien (hinzu kommen mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Zahlreiche Berichte machten immer wieder den Einsatz von Folter gegen Gefangene öffentlich.

Die kolumbianische Regierung steht vor der Herausforderung, die Menschenrechtsverletzungen in den Griff zu bekommen und die Sicherheitskräfte für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen. Die Gratwanderung zwischen militärischer Sicherheit und Einhaltung der Menschenrechte stellt die kolumbianische Regierung weiterhin auf die Probe. In den letzten Jahren erschütterten jedoch immer wieder Menschenrechtsverletzungen der staatlichen Sicherheitskräfte und Polizeigewalt das Land. Diese sind einer der Gründe für die seit April 2021 anhaltenden landesweiten Proteste, die immer wieder in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften münden und bei denen regelmäßig Menschen sterben (siehe auch [Spannungen und innere Konflikte](#))

Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Ex-Präsident Santos ein Gesetz, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Auch der im September 2016 verabschiedete Friedensvertrag zwischen den FARC-Rebell:innen und der kolumbianischen Regierung sieht eine Landreform vor, die zu einer gerechteren Ressourcenverteilung beitragen soll. Darüber hinaus sollen Ausgleichszahlungen zukünftig durch enteignetes, illegal erwirtschaftetes FARC-Kapital geleistet werden.

Stand 2019 wurden zwar, Regierungsangaben zufolge, knapp 4,5 Tausend Restitutionsen angeordnet, mehr als 100.000 Anträge blieben jedoch weiterhin offen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The review period was marked by paradoxical trends and new challenges. The landmark peace agreement in 2016 between the Colombian government and the FARC renders a mixed picture. On the one hand, the accord put an end to a government war with one of the oldest and largest left-wing guerrilla groups, thereby opening new avenues for significant changes in political participation, local development, and transitional justice. On the other hand, violence has not ceased; instead, there has been a reconfiguration of non-state armed actors with a surge of violence in some regions. Human rights advocates, grassroots leaders, and former FARC combatants are the main target of the new wave of violence. A number of public agencies have been deployed in marginalized areas to implement the agreement. Simultaneously, the Duque administration's efforts to alter the cornerstones of the peace deal and the president's lack of commitment have hampered progress in its implementation.

Increasing citizen discontent has been manifested through massive protests. The violent response of the government to heightened social mobilization has highlighted the persistence of police brutality and the lack of guarantees over the right to protest. In the 2019 local elections, there was a noteworthy increase in the diversity of candidates, particularly from grassroots organizations and the political left. Progressive candidates and centrist and left-wing political parties achieved significant success. In contrast, the performance of the right-wing and government party, Centro Democrático, was lackluster. Connected to this, the power of former president, Álvaro Uribe, has declined in the last years. His political project based on hardline security approaches and polarization has lost favor among the population. Decisions of the judiciary regarding criminal investigations involving Uribe have also dealt a major blow to his credibility.

Colombia is committed to the promotion of a political transition in neighboring Venezuela. Diplomatic ties to the regime of President Nicolás Maduro remain broken. Due to the political and economic crisis in Venezuela, at least 1.7 million migrants have crossed the border into Colombia. In early February 2021, President Iván Duque announced an initiative to grant "Temporary Protection Status" to Venezuelan migrants for ten years.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Kolumbien auf Platz 87 (2020: Platz 92), zusammen mit Äthiopien, Guyana, dem Kosovo, Marokko, Nordmazedonien, Suriname, Tansania und Vietnam. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Kolumbien befand sich über mehrere Jahrzehnte in einem blutigen Bürgerkrieg mit einer schwer durchschaubaren Akteurskonstellation. Seine Wurzeln reichen zurück bis

ins Jahr 1948, als erstmals in der so genannten „Violencia“ Konflikte zwischen Liberalen und Konservativen aufbrachen. Auf der einen Seite stand die linksorientierte Guerillagruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die gegen das kolumbianische Militär und gegen rechtsgerichtete Paramilitärs kämpfte. Letztere wurden angeführt von der 1997 entstandenen Dachorganisation aller paramilitärischen Gruppen, der Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens (AUC). Allen Parteien dieses Konflikts werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Ein Auslöser der Gewalt und zentrale Ursache für den Konflikt war die ungerechte Landverteilung. Schätzungen von Oxfam aus dem Jahr 2014 zufolge besitzen ca. ein Prozent der Bevölkerung gut 81 Prozent der Landfläche. Indigene Bevölkerungsgruppen befinden sich häufig im Konflikt mit multinationalen Unternehmen, die die Bodenschätze des Landes ausbeuten wollen. Die FARC, die älteste Guerillagruppe, hatte im langen Verlauf des Konflikts ein zwiespältiges Ergebnis erlangt. Auf der einen Seite kam es zu sozialen Verbesserungen in den besetzten Gebieten, auf der anderen Seite finanzierte sich die Gruppe aus dem Drogenhandel, war verantwortlich für Menschenrechtsverbrechen und setzte auf Zwangsrekrutierung, um die Kampfstärke zu erhalten. Heute kontrolliert Kolumbien fast 80 Prozent des weltweiten Kokainmarktes auf der Angebotsseite. Dass der Drogenhandel eine solche Konfliktodynamik entfalten konnte, ist vor allem dem schwachen Staat geschuldet, der es bislang nicht vermochte, den Drogenhandel zu unterbinden.

Zu Beginn des Konflikts in den 1960er Jahren konnte die Regierung Kolumbiens, auch mit Unterstützung der USA im Rahmen der Latin America Security Operation (LASO), den damaligen Guerillabewegungen eine entscheidende militärische Niederlage zufügen. In der Folge gründete sich 1964 die FARC. Diese konnte in den 1980er und 1990er Jahren der kolumbianischen Armee schwere militärische Niederlagen zufügen. In dieser Zeit fanden allerdings auch die bis dahin erfolgversprechenden Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der Regierung statt. Im Jahr 2002 erklärte die Regierung die Verhandlungen jedoch für gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Unterstützt wurde dies unter anderem durch den „Plan Colombia“ der USA, der umfangreiche Militärhilfe für die Armee vorsah. Der Kampf gegen den Drogenschmuggel und die für die USA wichtige geostrategische Lage des Landes haben zu einer Internationalisierung des transnationalen Konflikts geführt. Kritiker:innen werfen den USA vor, dass sie nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen haben, sondern vielmehr durch ihre Politik Teil des Problems geworden sind. Der Konflikt zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung blieb bis 2016 bestehen und war insbesondere in den vergangenen Jahren noch von extremer Gewalt auf beiden Seiten geprägt. Zur zentralen Strategie der Regierung gehörten das gezielte Töten von FARC-Führungsfiguren und Luftangriffe auf die Infrastruktur der Guerillabewegung. Eine der größten Luftoperationen fand im September 2010 unter dem Namen „Operation Sodom“ statt, bei der einige führende Personen und eine Vielzahl an Rebell:innen getötet wurden.

Die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer:innen verschrieben haben, sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess, der tausende Paramilitärs erreichte. Dieser wird jedoch als zu oberflächlich kritisiert. Kritiker:innen wenden ein, dass die mafiaähnlichen Strukturen und

Kontakte in die organisierte Kriminalität weiterhin bestehen bleiben. Problematisch bleibt auch der politische Einfluss der Paramilitärs und die Verbindungen zum Sicherheitsapparat der Regierung. Bereits im Jahr 2006 kam durch die Enthüllung kolumbianischer Medien zum Vorschein, dass der damalige Inlandsgeheimdienst DAS korrumpiert war und sehr eng mit paramilitärischen Gruppen zusammenarbeitete. Tausende ehemaliger Paramilitärs haben bis heute unter dem Schutzschirm des Sondergesetzes zur Demobilisierung zehntausende Morde und Entführungen gestanden.

Im November 2012 einigten sich Vertreter:innen der kolumbianischen Regierung und der FARC auf einen Beginn von Friedensverhandlungen. Zu Beginn der Verhandlungen verkündete die FARC eine einseitige Waffenruhe, die bis Januar 2013 dauerte. Im Vorfeld führten bereits Unterhändler:innen beider Parteien in der norwegischen Hauptstadt Oslo Geheimgespräche. Angriffe des kolumbianischen Militärs auf FARC-Stützpunkte erschwerten jedoch zeitweise die Verhandlungen. Auch die FARC selbst hielt sich nicht durchgängig an den Waffenstillstand. So verübten FARC-Guerillas bspw. im Juli 2013 einen Anschlag, bei dem 15 kolumbianische Soldat:innen starben.

Nach vierjährigen Verhandlungen einigte sich die Regierung unter dem damaligen Präsident Juan Manuel Santos und FARC-Chef Timoleón Jiménez alias Timoschenko in Havanna im Oktober 2016 auf einen gemeinsamen Friedensvertrag. Das Abkommen scheiterte jedoch zunächst mit knapper Mehrheit am 2. Oktober an einem Referendum der kolumbianischen Bevölkerung. Verhandlungsführer:innen beider Seiten und der Opposition sowie Vertreter:innen der Zivilgesellschaft überarbeiteten und präzisierten das bestehende Vertragswerk daraufhin, sodass dieses im Dezember 2016 von Unterhaus und Senat jeweils einstimmig verabschiedet wurde. Im Juni 2017 erklärte die VN-Beobachtermission für Kolumbien die Entwaffnung der FARC-Rebell:innen für abgeschlossen. Rund 7.000 FARC-Mitglieder haben demnach ihre registrierten Waffen in einem der insgesamt 26 eingerichteten Entwaffnungszentren abgegeben und sollen nun in ein ziviles Leben zurückkehren. Zur Unterstützung hierzu sollte jede:r bisherige Guerillakämpfer:in anfangs monatlich eine Unterstützung von rund 215 US-Dollar bekommen. Zudem galt das Versprechen, selbst schwerste Verbrechen nur mit maximal acht Jahren Haft zu ahnden. Das Friedensabkommen sieht außerdem umfassende Ansätze zur Bekämpfung des Drogenhandels vor. Das Vermögen der Rebell:innen, das überwiegend über den Drogenhandel generiert wurde, soll zur Entschädigung der Opfer zwangseignet werden. Die ehemaligen FARC-Rebell:innen wollen ihre politischen Ziele, zu denen insbesondere eine gerechtere Landverteilung und die Unterstützung der armen Landbevölkerung zählen, nun als politische Bewegung verfolgen. Hierzu gründeten sie ihre neue Partei Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes). Das Friedensabkommen garantiert der FARC in den kommenden beiden Legislaturperioden jeweils fünf Sitze im Senat und in der Abgeordnetenkammer.

Seit Februar 2017 führt Kolumbiens Regierung auch Friedensverhandlungen mit der ELN (Ejército de Liberación Nacional, zu dt. Nationale Befreiungsarmee). Diese ist mit rund 2.500 Mitgliedern derzeit die größte noch aktive Guerillaorganisation in Kolumbien. Im September 2017 konnten sich die Parteien auf einen Waffenstillstand vom 1. Oktober 2017 bis zum 12. Januar 2018 einigen. 2018 und 2019 verübte die marxistische Rebell:innengruppe jedoch eine Vielzahl blutiger Anschläge auf Zivilist:innen und kolumbianische Sicherheitskräfte. Aufgrund der Corona-Krise hat die marxistische ELN im März 2020 eine vorrübergehende Waffenruhe erklärt.

Im November und Dezember 2019 demonstrierten landesweit hunderttausende Menschen gegen Präsident Iván Duque, der im August 2018 zum neuen Präsident Kolumbiens gewählt wurde. Die Demonstrationen richteten sich im Kern gegen die Umsetzung des Friedensvertrags mit der FARC, die politische Korruption sowie Arbeitsmarkt- und Rentenreform. Im Zuge der Proteste, die sich insbesondere in Cali, Medellín und Bogotá bündelten, wurden mehrere Menschen getötet sowie hunderte Menschen verletzt. Im Zuge eines „Nationalen Dialogs“ wollte Präsident Duque die Lösung der sozialen Probleme wieder auf eine gewaltfreie Ebene bringen. Im April 2021 brachen jedoch weitreichende Protest in Folge von Steuerreformplänen der Regierung aus, die die Regierung schließlich verwarf. Diese eskalierten jedoch u. a. wegen des gewaltsamen Vorgehens der Polizei und richteten sich nun im Allgemeinen gegen die grassierende Armut im Land, die Krise im kolumbianischen Gesundheitssektor sowie weit verbreitete Polizeigewalt. Ende Mai entsandte Präsident Duque daraufhin das Militär zur Unterstützung der Polizei nach Cali. Bisher sind zahlreiche Menschen in der Auseinandersetzung gestorben und etliche Personen verletzt worden.

Im Jahr 2022 wurde Gustavo Petro zum Präsidenten ernannt. Wie sich die Situation unter dieser neuen Führung entwickeln wird bleibt abzuwarten.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Kolumbien liegt im Nordwesten von Südamerika und grenzt im Norden an Panama und das karibische Meer. Im Osten hat das für die USA geostrategisch wichtige Land gemeinsame Grenzen mit Venezuela und Brasilien. Im Süden grenzt Kolumbien an Peru und Ecuador. Als einziges Land hat Kolumbien sowohl Zugang zur Karibik als auch zum Pazifik.

Politische Situation in der Region

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. Zum Beginn der vergangenen Dekade gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf, im Zuge dessen sich besondere Rüstungskooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Zwar haben sich im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region entwickelt, doch haben jüngste Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) die sicherheitspolitische Kooperation erschwert. Angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen die Region steht – Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und ausufernde Korruption – erscheint Vertrauensbildung und Kooperation jedoch notwendig. Trotz der Anspannungen in bestimmten Grenzregionen ist verstärkte sicherheitspolitische und militärische Kooperation sowie eine allgemeine Bereitschaft der Vertrauensbildung zu beobachten. In der Managua Erklärung von 2006 wurden gemeinsame Sicherheitsbedrohungen identifiziert, die als Basis für weitere Kooperationen dienen. Problematisch für die Region erscheinen die vielen Modernisierungs- und Transformationsprozesse in vie-

len Ländern. Mit Blick auf diese sollen die Streitkräfte auf neue Bedrohungen vorbereitet werden. In vielen Fällen gehen die Prozesse mit umfangreichen Beschaffungsprogrammen einher. Großes Misstrauen in den meisten Ländern ist weiterhin eine erhebliche Hürde für eine transparentere Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Daher haben defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen in manchen Fällen zu Misstrauen geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge und zahlreiche Boote aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wurde von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Waffen in russischer Lizenz zu produzieren (AK-47).

Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskoooperation, doch haben die strategischen Rüstungskoooperationen negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin ein Risiko.

Grenzkonflikte

In der Vergangenheit gab es zwei schwerwiegende Zwischenfälle an der kolumbianischen Grenze. Der Angriff Kolumbiens gegen FARC Rebell:innen auf ecuadorianischem Territorium am 1. März 2008 führte zu den bislang schwersten diplomatischen Spannungen zwischen den beiden Ländern und in der gesamten Region. Der bewusste Vergeltungsschlag gegen die FARC hat einen herben militärischen Rückschlag für die Guerillabewegung bedeutet und bescherte Kolumbiens Militär einen deutlichen Sieg. Durch die Tötung Raúl Reyes, dem Vizekommandeur der FARC sowie der Erbeutung wichtiger Dokumente und geheimer Unterlagen, konnte das Militär sich einen großen Vorteil gegenüber der FARC verschaffen. Der Militärschlag wurde jedoch von allen südamerikanischen Regierungen einhellig verurteilt und als unverhältnismäßige Einmischung in fremdes Territorium definiert. Bereits einen Tag später kam es zum Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die ecuadorianische Regierung schickte mehr als 3.000 Truppen in die Grenzregion.

Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebell:innen, die nachweislich aus Venezuela kamen, verschlechtert hatten. Im Sommer 2009 kam es zu Spannungen zwischen den beiden Staaten, als Venezuela zwei Brücken in der Grenzregion sprengen ließ, die eine direkte Verbindung nach Kolumbien waren. Zeitgleich wurde öffentlich, dass Waffen, die von Venezuela in Schweden gekauft wurden, in den Händen der FARC-Rebell:innen gefunden wurden. Kolumbien hingegen beobachtete mit Sorge die großen Waffeneinkäufe Venezuelas in Russland. Die Sorge erscheint berechtigt, da Venezuela im Januar 2010 begonnen hat, Kampfpanzer und Hubschrauber entlang der kolumbianischen Grenze zu stationieren. Ex-Präsident Santos bemühte sich seit seiner Amtseinführung 2010 jedoch um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit Venezuela. Im August 2016

wurden die Grenzübergänge nach einem Jahr des Abschottens wieder geöffnet und teilweise auch für Autos und LKW zugänglich gemacht. Zudem verständigten sich Santos und sein Amtskollege Maduro auf eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden beider Länder im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Im Dezember 2016 sowie im Zuge der gesellschaftlichen Proteste 2019 schloss Venezuela allerdings erneut für einige Tage die Grenze zu Kolumbien und begründete diesen Schritt mit der Bekämpfung des Geldschmuggels. Der Staat befindet sich seit dem Verfall des Ölpreises in einer schweren Wirtschaftskrise.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwar war dieser Vertrag ein Erfolg im Hinblick auf „harte“ Rüstungskontrolle, jedoch konnte in den folgenden Jahren nicht auf diesen Erfolg aufgebaut und Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle entwickelt werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: Der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: (a) die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import-/ Exportwege transparent zu machen; (b) die OAS Transparency Convention mit Ziel eines Informationsaustausches zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Kolumbien sind insbesondere durch die Kooperation mit den USA im Kampf gegen Drogen US-Militärs stationiert. Darüber hinaus erhält das Land umfangreiche finanzielle Militärhilfe von den USA. Im Rahmen der engen Kooperation sind 50 US-Soldat:innen (US Southern Command) in Kolumbien stationiert.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Kolumbien 48 Prozent im Jahre 2017, und ist damit im Vergleich zum Vorhebungsjahr 2015 um zwei Prozentpunkt gesunken. Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten weist Kolumbien damit eine der niedrigsten Rate an Technologiepiraterie in der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 241 Millionen US-Dollar und lag damit erheblich niedriger als 2015 (281 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Kolumbien ist zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten. Im Laufe des Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieges wurden sowohl von den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), als auch von den Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie der Nationalen Befreiungsbewegung (ELN) zahlreiche terroristische Anschläge, Entführungen und Morde begangen. Ihre Verbindungen zum umfangreichen Drogenschmuggel in der Region führten dazu, dass alle drei Gruppierungen seit 2001 auf der US-Terrorliste geführt werden.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Kolumbien hat lediglich 1992, 2007 und 2009 Daten im Rahmen des UN-Waffenregisters an die Vereinten Nationen übermittelt. Daten zu den Militärausgaben hat das Land allerdings regelmäßig an die Vereinten Nationen weitergegeben, jedoch zuletzt im Jahr 2019. Da das Land den Arm Trade Treaty bisher noch nicht ratifiziert hat, liegt hier noch keine Initialbericht vor. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet Kolumbien seit 2003 im zweijährigen Turnus.

Unerlaubte Wiederausfuhr

In Kolumbien existiert ein Gesetz zum Export von Waffen, das sehr strikt ist und nur der Regierung oder Regierungsunternehmen wie Indumil den Import und Export von Waffen sowie Waffenhandel gestattet. Dennoch sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen illegal Waffen geschmuggelt wurden. 2006 gab es Statistiken zufolge 1,3 Millionen legal registrierte Waffen in Kolumbien. Die Anzahl der illegalen Waffen belief sich damals nach Schätzungen von Expert:innen auf drei bis vier Millionen.

Beim illegalen Waffenhandel spielen verschiedene Akteure eine Rolle: Zum einen wurden immer wieder (ehemalige) Soldat:innen der kolumbianischen Armee festgenommen, die Waffen unerlaubt an die FARC-Rebell:innen weitergegeben haben. Ein Beispiel hierfür ist der Kauf von über 7.000 AK-47 im Jahr 1999, den ein ehemaliger Offizier der kolumbianischen Armee bei einem bulgarischen Unternehmen tätigte und die 2001 ohne Einbezug von Indumil ins Land gebracht wurden. In einem anderen Fall wurden im Jahr 2003 zwei ehemalige kolumbianische Militärs angeklagt, mehr als 7.000 AK-47 Sturmgewehre, Munition und andere Ersatzteile an die Rebell:innengruppen geliefert zu

haben. Ebenfalls in diesem Jahr wurde ein Major der kolumbianischen Armee festgenommen, weil er einen ähnlichen Waffendeal mit Waffen aus israelischer Produktion eingefädelt hat. Diese Ereignisse sind keine Einzelfälle: Um an Waffen zu gelangen, bediente sich die FARC nicht nur immer wieder lokaler Kräfte, sondern arbeitete auch mit internationalen Waffenhändler:innen zusammen. So sollen die Rebell:innen unter anderem versucht haben, einen 100-Millionen-Dollar-Kredit von dem ehemaligen libyschen Staatsoberhaupt Muammar Gaddafi zu erhalten, um Flugabwehrwaffen kaufen zu können. Diese Information entstammt entsprechenden E-Mails, die auf dem Computer des FARC-Kommandeurs Luis Edgar Devia Silva gefunden wurden.

In einem anderen Fall von illegaler Waffenausfuhr mit Kolumbien als Empfängerland war Deutschland indirekt involviert: Im Jahr 2009 soll die US-Tochterfirma SIG Sauer Inc. in Exeter 98.000 SP 2022 Pistolen für rund 70 Millionen US-Dollar an die amerikanischen Streitkräfte geliefert haben. Im Jahr 2010 wurden die in Deutschland produzierten Waffen in die USA geliefert, von wo aus sie direkt in die Hände der kolumbianischen Polizei weitergegeben wurden. Offenbar exportierte die US-Armee insgesamt über 100.000 Pistolen des besagten Typs in das südamerikanische Land – ohne eine dafür notwendige Genehmigung der deutschen Behörden eingeholt zu haben. Korruption sowie die porösen, kaum kontrollierbaren Grenzen im Norden Zentralamerikas befeuern den illegalen Waffenhandel. Die Iguazu-Wasserfälle, die Teil der sogenannten „Drei-Grenz-Region“ sind, sind Dreh- und Angelpunkt für illegalen Waffenhandel. In einem Gerichtsurteil im Jahr 2021 wurde Sig Sauer zu einer Sanktion von 11,1 Millionen Euro verurteilt – nach Angaben des [GKKE-Rüstungsexportbericht 2021](#) wurden jedoch lediglich 38.000 Pistolen geliefert.

Um die Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen in der Region stärker zu bekämpfen, verabschiedete Kolumbien im Juni 2003 die Entscheidung 552: Den Plan der Anden zur Vorbeugung, Bekämpfung und Eliminierung von illegalem Waffenhandel in allen Aspekten. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verabschiedete die Amerikanische Konvention gegen die illegale Herstellung und Verbreitung von Feuerwaffen, Sprengstoff, Munition und ähnlichem Material (CIFTA), ein multilateral bindendes Abkommen, das auch von Kolumbien unterzeichnet und ratifiziert wurde.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The Colombian economy maintained steady levels of growth until 2019. However, there is a high dependence on mineral and oil extraction, significant inequality, and a large informal sector. Progress in poverty reduction and services provision were made despite structural problems in the area of public finances. At the end of 2019, a tax reform was passed in Congress.

The impact of the COVID-19 pandemic on Colombia's political and social transformation has been profound. As of January 31, 2021, Colombia reported a total of 2,077,333 cases and a death toll of 53,284. The Colombian government undertook several measures to mitigate the socioeconomic impacts of the COVID-19 pandemic, including the strengthening of health care infrastructure, deployment of fiscal policy, and expansion of social assistance programs. The pandemic has disrupted

the provision of social services, particularly education and access to justice. The economy contracted by approximately 8%. Unemployment reached 15% and it is estimated that six million people were tipped into poverty. The country's debt reached 68.2% of GDP. The coronavirus pandemic has exacerbated long-standing macroeconomic problems, such as the high budget deficit, the large size of the informal sector, significant inequality, and low levels of tax revenue. Vaccination of the population against COVID-19 is scheduled to begin in February 2021, though it is highly unlikely that the majority will be immunized by the end of 2021.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

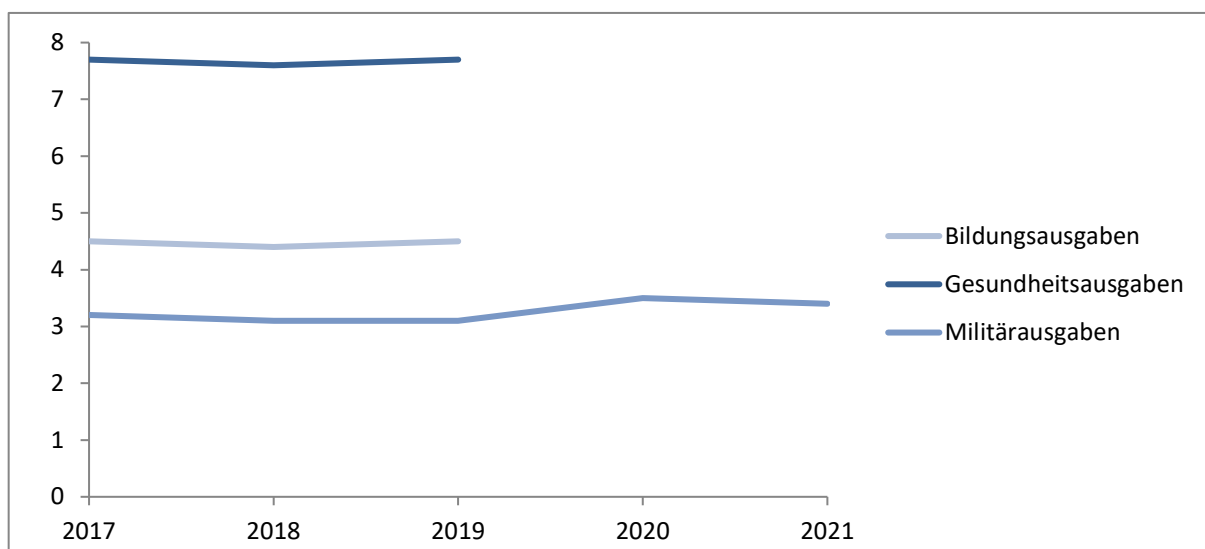
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	8760	8610	9256	9554	10006
Militärausgaben/BIP	3,2	3,1	3,1	3,5	3,4
Gesundheitsausgaben/BIP	7,7	7,6	7,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,5	4,4	4,5	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	120659	125769	132965	138625	155172
Anteil am BIP (in Prozent)	42,7	40,3	39,8	42,9	57,2
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	1037,58	757,5	1597,59	754,87	-
Net ODA (% of GNI)*	0,35	0,24	0,5	0,24	-
Deutsche ODA Zahlungen*	297,05	161,28	501,09	57,04	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2017	2018	2019	2020	2021
Militarisierungswert	156,9	153,5	153,7	158,4	153,0
Index-Platzierung	61	62	64	61	66

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2017	2018	2019	2020	2021
Brasilien	Militarisierungswert	102,1	104,3	103,2	101,5	97,1
	Index-Platzierung	113	111	115	114	116
Ecuador	Militarisierungswert	130,2	128,9	125,1	133,2	130,2
	Index-Platzierung	84	86	89	85	89
Peru	Militarisierungswert	141,2	137,0	136,9	140,9	132,6
	Index-Platzierung	75	74	78	79	86
Venezuela	Militarisierungswert	184,1	115,9	117,7	117,7	121,4

	2017	2018	2019	2020	2021
Index-Platzierung	45	100	98	102	96

Quelle: *Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)*

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2022.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	20057	21388	20465	19591	18747
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,5	1,4	1,4	1,2
Ecuador	Militärausgaben (absolut)	2455	2548	2338	2356	2409
	Militärausgaben/BIP	2,4	2,4	2,2	2,5	2,5
Peru	Militärausgaben (absolut)	2626	2592	2679	2654	2522
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,2	1,2	1,4	1,1
Venezuela	Militärausgaben (absolut)	0,5	0,5	0,4	-	-
	Militärausgaben/BIP	2,2	0,2	0,2	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020).

Quelle: *SIPRI Military Expenditure Database*

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,761	0,763	0,768	0,756	0,752

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Unverhältnismäßig und konstant hohe Militärausgaben in Kolumbien und die zahlreichen persistenten internen Konflikte wirken hemmend auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Zwar besteht derzeit keine deutliche Gefahr, dass Entwicklungsziele nachhaltig von den Ressourcenzuweisungen in den Militärsektor beeinträchtigt werden, dennoch sind der konstante Anteil der Militärausgaben von über drei Pro-

zent gemessen am BIP (2021: 3,4 Prozent) sowie die zeitweise Vergrößerung des Personalumfangs des Militärs mit Sorge zu betrachten. Eine zusätzliche Steuer hat der Regierung frisches Kapital beschafft. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben bewegen sich (mit 7,7 bzw. 4,5 Prozent) auf durchschnittlichem Niveau. Kolumbiens Regierung sollte in Zukunft dennoch die Ressourcenverteilung stärker im Sinne gesellschaftlicher Entwicklung gestalten.

Besonders hinsichtlich der Landverteilung bestehen weiterhin enorme Ungleichheiten. Weitere hohe Ungleichheiten bestehen hinsichtlich Einkommen und Vermögen.

bicc \
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn



Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT
Rolf Alberth
Stella Hauk
Susanne Heinke
Paul Rohleder

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
22.12.2022

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

